

IM GESPRÄCH: ALEXIS VON HOENSBROECH, AUSTRIAN AIRLINES

„Es wird immer schwieriger zu fliegen“

Lufthansa-Tochter rechnet mit weiterem Kapazitätsabbau – Fluglinie reduziert Flotte um ein Viertel – Fracht spielt wichtige Rolle

Austrian Airlines ist derzeit mit etwa einem Viertel der vor einem Jahr angebotenen Kapazität unterwegs. Alexis von Hoensbroech, der Chef der österreichischen Lufthansa-Tochter, erwartet zudem, dass die Reisebeschränkungen weiter zunehmen, wie er im Gespräch mit der Börsen-Zeitung sagte.

Von Lisa Schmelzer, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 28.10.2020

Mit jedem neuen Risikogebiet, das auf der Landkarte erscheint, wächst der Druck auf die eh schon gebeutelte Luftfahrtindustrie. Und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. „Wir erwarten, dass die Reisebeschränkungen weiter zunehmen“, sagt der Chef der Lufthansa-Tochter Austrian Airlines, Alexis von Hoensbroech, im Gespräch mit der Börsen-Zeitung. „Es wird immer schwieriger zu fliegen.“ Die österreichische Fluggesellschaft ist derzeit mit etwa einem Viertel der vor einem Jahr angebotenen Kapazität unterwegs „und jetzt geht es eher in Richtung 20% oder noch darunter“.

Bei der Entscheidung, welche Destination wie oft angefliegen wird, geht es auch um die Aufrechterhaltung

der Drehkreuzfunktion in Wien. „Wir brauchen die Umsteigerverkehrer, speziell für die Langstreckenflüge und viele Osteuropaziele ist der Zubringerverkehr notwendig“, umreißt von Hoensbroech das System. Er sei allerdings überrascht gewesen, „wie klein man ein funktionierendes Netz herunterschrauben kann“. Das sei echte Filigranarbeit. Derzeit fliege Austrian Airlines (AUA) ein „breites Destinationsportfolio bei geringer Frequenz“, wobei manche Zielorte noch herausgenommen werden sollen, etwa Prag, Lyon, Leipzig und Nürnberg.

Vertrag läuft bis 2026

Die AUA-Flüge seien „im Durchschnitt“ kostendeckend. Dabei spiele die Fracht eine wichtige Rolle, sie sei ein „deutlicher Umsatzbringer“, wenn auch nicht mit dem Aufkommen in Frankfurt vergleichbar. Von Hoensbroech spricht aus Erfahrung, war er doch vor seinem Amtsantritt in Wien im Sommer 2018 im Vorstand der Lufthansa Cargo. Immer wieder wird der 50-Jährige auch als Kandidat für den Konzernvorstand der Lufthansa gehandelt, allerdings ist sein Vertrag bei der österreichischen Tochter gerade erst um weite-

re fünf Jahre bis 2026 verlängert worden.

Aktuell sei es sehr schwierig, „irgendwas zu prognostizieren, was über sechs Monate hinausgeht“, sagt der AUA-Chef. In einem im März erarbeiteten Businessplan, der Voraussetzung für ein staatliches Hilfspaket war, war die Unternehmensführung davon ausgegangen, dass im Jahr 2022 wieder schwarze Zahlen geschrieben werden können. Allerdings war damals auch gehofft worden, im Winter wieder 50 % der Vorjahreskapazität fliegen zu können. Als Mitte Juni nach 90 Tagen Stillstand der Flugbetrieb wieder aufgenommen wurde, habe bei AUA eine „beeindruckende Aufbruchstimmung“ geherrscht, erinnert sich von Hoensbroech. Aber schon im August sei nach und nach klar geworden, dass „unser Plan wegen der wieder steigenden Infektionszahlen nicht aufgeht“. Mehr und mehr Risikogebiete wurden ausgewiesen, mehr und mehr neue Reisebeschränkungen wurden erlassen, „seit August sind wir wieder im Rückwärtsgang“. Nun konzentriert sich die Hoffnung branchenweit auf die nächste Sommersaison, wenn hoffentlich ein Impfstoff gefunden wurde und eingesetzt wird. „Wenn im kommenden



Alexis von Hoensbroech

Sommer 60 bis 70 % der Nachfrage zurück ist, dann kommen wir über den Berg.“ 600 Mill. Euro haben der österreichische Staat und die Mutter Lufthansa der AUA zur Verfügung gestellt, die Hälfte davon als Zuschuss, die andere Hälfte als Kredit. Dazu kommt ein mit den Gewerkschaften geschnürtes Krisenpaket im Volumen von 300 Mill. Euro und Zugeständnisse der Zulieferer über mehr als 100 Mill. Euro. Derzeit verbrennen die Österreicher monatlich 40 Mill. Euro Liquidität, aber „wir suchen nach allen möglichen Hebeln, um den Cash Burn möglichst niedrig zu halten“. Wenn allerdings „der

nächste Sommer erneut komplett ausfällt, wird es für alle sehr schwierig“, fürchtet der Austrian-Chef.

Wie die Muttergesellschaft Lufthansa wird auch Austrian nach der Krise geschrumpft sein. Ein Viertel der Flotte wird laut von Hoensbroech herausgenommen und damit 20% der vor der Coronavirus-Pandemie angebotenen Kapazität. AUA soll aber noch mit 60 statt über 80 Flugzeugen unterwegs sein und sich von zwei der aktuell fünf Flugzeugmustern getrennt haben.

Eigentlich bräuchte das Unternehmen demnächst neue Langstreckenmaschinen, aber da hatte Lufthansa-Konzernchef Carsten Spohr schon vor Corona klargemacht, dass es die nur gibt, wenn sich die Tochter die Investition leisten kann. Daran hat sich auch nichts geändert, „wir brauchen nach der Krise ein Renditeniveau, das uns Investitionen erlaubt“, weiß von Hoensbroech. Wird die Firma kleiner, kostet das auch Arbeitsplätze; geplant ist der Abbau von 1 100 der insgesamt 6 000 Vollzeitstellen.

Die vor allem in Deutschland immer wieder aufkommende Kritik der Gewerkschaften, Staatshilfe und Stellenabbau passten nicht zusammen, kann der Manager nicht nach-

vollziehen. Ohne staatliche Hilfe wären seiner Ansicht nach noch sehr viel mehr Stellen gefährdet. Anders als die Kollegen bei der Lufthansa hat sich die AUA-Führung allerdings mit den Gewerkschaften auf ein Krisenpaket geeinigt; bei der Konzernmutter lässt eine Einigung mit dem Bodenpersonal und den Piloten noch auf sich warten.

Viel Wettbewerb in Wien

Festgehalten werden soll bei der AUA trotz Schrumpfkur an der Positionierung als Drehkreuz-Carrier, auch, weil die Konkurrenz im Punkt-zu-Punkt-Geschäft von Wien aus sehr groß ist. Vor der Coronakrise tobte am Flughafen dort ein Preiskampf, der dem Platzhirsch AUA, aber auch manchem Low-Cost-Carrier schwer setzte. Auch nach Ende der Krise erwartet der AUA-Chef, dass Wien einer der wettbewerbsintensivsten Standorte in Europa bleiben wird, auch wenn mancher Wettbewerber geschrumpft oder ganz verschwunden ist. Umso wichtiger ist das Geschäft mit den Umsteigepassagieren, die bei AUA 50 % des Aufkommens ausmachen – „und dort stehen wir nicht im Wettbewerb mit den Wiener Billigfliegern“.

Lufthansa droht bei Streit um Hahn erneute Niederlage

EuGH-Gutachter für Abweisung der Forderungen

Börsen-Zeitung, 28.10.2020

ahe Brüssel – Der Lufthansa droht in dem bereits seit Jahren ausgefochtenen Rechtsstreit um staatliche Beihilfen für den Flughafen Frankfurt-Hahn eine erneute Niederlage vor Gericht. Nachdem das EU-Gericht, die vor allem für Wirtschaftssachen zuständige erste Instanz des EU-Gerichtshofs, eine Klage der Lufthansa schon im April 2019 abgeschrieben hatte, plädierte gestern auch der Gutachter des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) dafür, die von der Airline dagegen vorgebrachten Rechtsmittel zurückzuweisen. Das Schlussgutachten ist noch kein Urteil, doch sehr häufig folgen die obersten EU-Richter ihren Gutachtern.

Bei dem Rechtsstreit geht es um staatliche Beihilfen von fast 50 Mill. Euro, die in den Jahren 2001 bis 2012 an den Flughafen Hahn gezahlt worden waren, sowie um einen Vertrag

mit dem Billigflieger Ryanair über Flughafenentgelte.

Die Lufthansa hatte gegen einen Beschluss der EU-Kommission von 2014 geklagt, dass die staatlichen Unterstützungen für den Regionalflughafen in Hunsrück entweder gar keine Beihilfen waren oder diese mit EU-Recht vereinbar waren. Die Brüsseler Wettbewerbsbehörde hatte Zahlungen des Frankfurter Flughafenbetreibers Fraport sowie der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen – die damaligen Gesellschafter – an den Airport Hahn gebilligt. Heute gehört der Flughafen zu 82,5% dem chinesischen Konzern HNA.

Das EU-Gericht hatte 2019 geurteilt, dass die Lufthansa, die im Gegensatz zu Ryanair nicht vom Airport Hahn abhebt, in diesem Fall keine so starke Beeinträchtigung ihres Geschäfts habe, als dass ihr ein Klage-recht zustünde.

Immobilienfirmen zapfen Anleihemarkt an

CA Immo holt sich 350 Mill. Euro – Noratis bringt Minibond – DIC Asset verschiebt große Emission

Börsen-Zeitung, 28.10.2020

hek Frankfurt – Diverse Immobilienunternehmen nutzen derzeit die Niedrigzinsen für die Fremdkapitalbeschaffung. So hat der vergleichsweise kleine Wohnungsvermieter Peach Property gerade stattliche 300 Mill. Euro mit der Platzierung einer Anleihe hereingeholt. Der Bond mit fünf Jahren Laufzeit bietet 4,375% Zinsen im Jahr. Mit den Einnahmen will das in der Schweiz ansässige Unternehmen, das in Wohnimmobilien in Deutschland investiert, den Ankauf von 10 300 Wohnungen finanzieren. Mit den Übernahmen wächst der Bestand auf 23 000 Wohnungen, deren Marktwert mit 2 Mrd. sfr angegeben wird.

Eine Nummer kleiner fällt die derzeit laufende Platzierung von Noratis aus. Das Wohnimmobilienunternehmen peilt ein Volumen von bis zu 50 Mill. Euro an. Das öffentliche Angebot unter Federführung der ICF Bank endet voraussichtlich am 9. Novem-

ber. Der fünf Jahre laufende Minibond ist mit einem Kupon von 5,5% ausgestattet. Noratis kombiniert das Vermietungsgeschäft mit der Entwicklung und dem Weiterverkauf von Beständen und konzentriert sich auf Wohnungen in kleineren Städten oder am Rand der Ballungsgebiete.

Die Marktführer Vonovia und Deutsche Wohnen haben sich bereits vor Monaten mit Geld aus Anleiheemissionen eingedeckt. Ähnliches gilt für die im MDax vertretene Grand City Properties. Doch auch Vermieter von Gewerbeimmobilien zapfen den Fremdkapitalmarkt an. Der auf Bürogebäude spezialisierte Assetmanager Publicity hat seine 5,5%-Unternehmensanleihe um 25 Mill. auf 100 Mill. Euro aufgestockt. Und CA Immo aus Österreich hat gerade einen 350 Mill. Euro schweren Green Bond mit fünf Jahren Laufzeit emittiert. Laut CA Immo war das Orderbuch 5,4-fach überzeichnet, so dass der jährliche Kupon mit 1,0% niedrig

ausfällt. Der Konzern verfügt über ein solides Moody's-Rating von „Baa2“ mit stabilem Ausblick.

Die CA-Immo-Platzierung ist bemerkenswert, weil sie in eine Zeit erhöhter Unsicherheit fällt. Im Büro-sektor, auf den knapp 90% des Portfolios der Österreicher entfallen, haben sich die Perspektiven infolge des scharfen Konjunkturerinbruchs und der Diskussion über eine dauerhafte Ausweitung von Homeoffice und mobilem Arbeiten verdüstert. Hinzu kommt die Sorge, dass die Bewertungsansätze, die in den vergangenen Jahren kräftig hochgesetzt wurden, unter Druck geraten werden, weil Mieterhöhungen hinter bisherigen Erwartungen zurückbleiben.

Vor diesem Hintergrund hat DIC Asset ihr Emissionsprojekt vorerst auf Eis gelegt. Geplant war eine große Anleihe über bis zu 500 Mill. Euro, mit der sich der Gewerbeimmobilienkonzern flankiert mit einem Rating den internationalen Bond-

markt erschließen wollte. Allerdings haben die Frankfurter die erzielbaren Konditionen als nicht ausreichend attraktiv eingestuft und daher die Emission erst einmal abgesagt. Neben der coronabedingten Verunsicherung dürfte dabei eine Rolle spielen, dass DIC quasi als Erstemittent eingestuft wird, der sich das Standing am internationalen Bondmarkt erst noch erarbeiten muss. Bisher ist der Konzern mit Mittelstandsanleihen und Schuldverschreibungen am Fremdkapitalmarkt präsent. DIC macht geltend, schon heute über ein Investment-Grade-ähnliches Profil zu verfügen. Laut einem DIC-Sprecher hat S&P die geplante Anleihe mit einem vorläufigen Rating von „BBB-“ versehen, das am unteren Rand des Investment-Grade-Bereichs liegt. Das Unternehmensrating bewegt sich allerdings mit „BB+“ eine Stufe tiefer, was mit dem vergleichsweise kleinen eigenen Immobilienbestand begründet werde, so der Sprecher.

Rocket zieht sich im Oktober zurück

Börsen-Zeitung, 28.10.2020

Reuters Berlin – Der Handel mit Aktien von Rocket Internet an der Börse Frankfurt endet noch in diesem Monat. Dem entsprechenden Antrag sei jetzt stattgegeben worden, teilte der Start-up-Investor am Dienstag mit. Das Delisting werde danach mit Ablauf des 30. Oktober wirksam. „Danach können die Aktien der Rocket Internet nicht mehr an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden“, hieß es. Das Unternehmen hatte den Schritt Mitte September besiegelt. Firmenchef und -gründer Oliver Samwer hatte dies mit einer größeren Flexibilität im unternehmerischen Handeln, zunehmend attraktiven Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Kapitalmarkts und geringeren Kosten begründet. Rocket hat sich einen Namen als Start-up-Schmiede gemacht.

Airbnb strebt an die Nasdaq

Börsen-Zeitung, 28.10.2020

Reuters New York – Die Zimmervermittlungsplattform Airbnb hat sich bei ihrem Börsengang für die Nasdaq entschieden. Die Aktien sollten an der US-Technologiebörse gelistet werden, teilte Airbnb am Dienstag mit. Weitere Details nannte der Konzern aus San Francisco nicht. Insider hatten der Nachrichtenagentur Reuters Anfang Oktober gesagt, Airbnb wolle 3 Mrd. Dollar einsammeln und hoffe auf eine Unternehmensbewertung von mehr als 30 Mrd. Der Sprung auf das Parkett sei noch in diesem Jahr geplant. Bereits im August hatte Airbnb bei der US-Börsenaufsicht SEC die dafür nötigen Unterlagen vertraulich eingereicht.

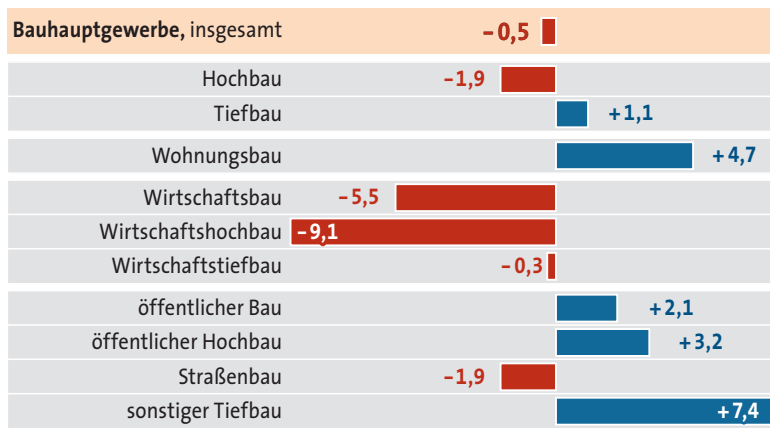
Airbnb vermittelt Ferienzimmer und -wohnungen von Privatleuten. Der Konzern macht damit Hotels Konkurrenz.

Pandemie schlägt auf den Hochbau durch

Wirtschaft streicht Investitionsprojekte – Mehr Bestellungen im Wohnungs- und im öffentlichen Bau

Wohnungsbau und Staatsaufträge stützen

Veränderung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Deutschland in der Zeit von Januar bis August 2020 zum Vorjahr in Prozent, nominal



© Börsen-Zeitung

Quelle: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

Autoindustrie bisher ganz gut durch die Corona-Zeit. Das geht vor allem auf den Wohnungsbau zurück. „Nach dem Corona-Zittern im April und Mai mit deutlichem Rückgang im Auftragseingang zeigt der Trend seit drei Monaten hier aufwärts“, sagt ZDB-Präsident Reinhard Quast. Im August kletterten die Ordereingänge im Wohnungsbau sogar um gut 12%. Im laufenden Jahr legten die Bestellungen bisher um 4,7% zu. Bereinigt um Preiserhöhungen verbleibt ein Anstieg um 1,6%.

Die Baugenehmigungen deuten darauf hin, dass die im Wohnungsbau tätigen Unternehmen weiter mit soliden Geschäften rechnen können.

Denn bis einschließlich August haben die Bauämter 4,6% mehr Genehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Im August wurde zwar ein Rückgang um 1,4% verzeichnet, doch werden Umbauten bestehender Wohngebäude ausgeklammert, zeigt sich ein Anstieg um 1,7% auf 27 300 Wohnungen.

Allerdings führen längst nicht alle Baugenehmigungen binnen kurzem zu Aufträgen. Der sogenannte Bauüberhang – damit sind Projekte gemeint, die nicht abgeschlossen oder nicht einmal begonnen wurden – wächst seit Jahren, etwa weil Arbeitskräfte fehlen. Das Statistische Bundesamt veranschlagt diesen

Rückstau auf 740 000 Wohnungen. Das entspricht mehr als dem Doppelten der im vergangenen Jahr fertiggestellten Einheiten (293 000).

Auch der öffentliche Bau zeigt sich robust: Das Bestellvolumen der staatlichen Körperschaften ist im Zeitraum Januar bis August nominal um 2,1% gestiegen. Insgesamt holte das Bauhauptgewerbe im August Aufträge für 6,6 Mrd. Euro herein, 0,3% weniger als im Vorjahresmonat. Auch nach acht Monaten steht ein kleiner Rückgang von 0,5% in den Büchern. Preisbereinigt erreichen die Einbußen bisher 3,3%. Im Vergleich zum Vormonat Juli, als die Bestellungen abgesackt waren, haben die Geschäfte zuletzt wieder angezogen. Von einem coronabedingten Einbruch könne man somit für die gesamte Branche noch nicht sprechen, meint Babiel.

Auch die Umsatzlage stuft der Bauindustrieverband als noch solide ein. Im August sei das sehr hohe Vorjahresniveau lediglich um 1,1% (preisbereinigt – 3,0%) verfehlt worden, obwohl die Sommerferien in diesem Jahr in vielen Bundesländern in den August gefallen seien. Für die ersten acht Monate ergibt sich ein Plus von 5,5% (preisbereinigt + 2,6%), was der Verband als Bestätigung seiner Prognoseanhebung wertet. Für das Gesamtjahr erwartet die Bauindustrie nun eine Umsatzausweitung um 3,5% auf 140 Mrd. Euro. Im Mai hatte der Verband selbst im optimistischen Szenario nur mit einer Stagnation gerechnet, was real eine Schrumpfung um 3% bedeuten hätte.

Bekanntmachung gemäß § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)

Bereithaltung eines Nachtrages 04 der HMW Emissionshaus AG, insoweit handelnd als Prospektverantwortliche und als hierfür von der Kapitalverwaltungsgesellschaft (MIG Verwaltungs AG) beauftragtes Unternehmen nach § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB vom 26.10.2020 zum bereits veröffentlichten vollständigen Verkaufsprospekt vom 16.05.2019 betreffend das Investmentvermögen MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG. Der gemäß § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB erstellte Nachtrag 04 wird zusammen mit dem vollständigen Verkaufsprospekt bei der MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG, Münchener Straße 52, D-82049 Pullach, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Der Nachtrag 04 ist zudem im Internet unter www.mig-fonds.de veröffentlicht. Die Informationen liegen in deutscher Sprache vor. Pullach, den 28.10.2020 HMW Emissionshaus AG